3 | 19 Juni 2019

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES

Starke Heimat Hessen: Land verteilt „Kommunales Geld“ unter Hessens Kommunen um

Das Land plant, die Ende 2019 aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben auslaufende erhöhte Gewerbesteuerumlage in Höhe von 75% als sogenannte „Heimatumlage“ fortzuführen. Hierdurch werden zunächst insbesondere die großen und gewerbesteuerstarken Städte rund 100 Mio. Euro weniger Umlage abführen müssen. Das aus der neuen „Heimatumlage“ generierte Mittelaufkommen soll mit 100 Mio. Euro den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) stärken und mit 200 Mio. Euro das neue Programm „Starke Heimat Hessen“ bedienen, mit welchem das Land kommunale Maßnahmen in den Bereichen Kinderbetreuung, Krankenhausinvestitionen, Verwaltungskräfte/Schulsekretariate, ÖPNV und Digitalisierung finanzieren möchte.

Während das Land argumentiert, auf diesem Wege die Mittel aus der erhöhten Gewerbesteuerumlage komplett in der kommunalen Familie zu belassen, ist aus Sicht des Hessischen Landkreistages auch darauf hinzuweisen, dass hier rein „kommunales Geld“ unter allen hessischen Gemeinden und Kreisen zu Lasten der großen und gewerbesteuerstarken Städte umverteilt wird. Daher erinnerte das Präsidium in seiner Sitzung am 6. Juni 2019 daran, dass für Aufgaben, für die auch das Land verantwortlich zeichnet, auch originäre Landesmitteln einzusetzen sind und die kommunale Ebene dauerhaft finanziell so ausgestattet werden muss, dass sie ihre Aufgaben eigenverantwortlich wahrnehmen kann.

Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

mit dem Landesprogramm „Starke Heimat Hessen“ werden kommunale Mittel neu zwischen den Kommunen verteilt und für solche Aufgaben eingesetzt, die landesseitig vorgegeben werden. Mit den Inhalten und der Frage, ob damit gegebenenfalls auch landesseitige Finanzierungen ersetzt werden sollen, beschäftigt sich dieser Newsletter ebenso, wie mit der aktuellen Fragestellung zum Digitalpakt Schule in Hessen.

Auch die Anregung zur Unterstützung des Hessischen Plädoyers für ein solidarisches Zusammenleben durch den HLT finden Sie in dieser Ausgabe.

Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen viel Vergnügen.

Ihr
Bernd Woide, Präsident

AKTUELLE THEMEN SEITE 02
- Umsetzung des „Digitalpakts Schule“ in Hessen
- Landkreistag unterstützt das „Hessische Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“

KURZ NOTIERT SEITE 03
- Austausch mit jugendpolitischen Sprechern
- Staatssekretär Dr. Heck im Rechts- und Europaausschuss
- Gespräch mit den Spitzenvertretern der Gewerkschaften in Hessen
- Digitalisierung nimmt Gestalt an

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04
- Finanzierung flüchtlingsbedingter Mehrausgaben bis Ende 2021 vereinbart
- Gemeinsam für gleichwertige Lebensverhältnisse

TERMINE SEITE 04

Umsetzung des „Digitalpakts Schule“ in Hessen

Der Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern hat den Weg für den Digitalpakt freigemacht. Nun müssen die Bundesländer für ihren Bereich Förderrichtlinien erarbeiten. Mit seinem Positionspapier vom Oktober 2018 hatte der HLT für Hessen ein konkretes konzeptionelles, finanzielles und mit den Schulträgern abgestimmtes Konzept gefordert, bei dem die „Technik der Anwendung“ folgt. Anfang Juni präsentierte die Landesregierung ihr eigenes Programm „Digitale Schule Hessen“. Darin enthalten ist, dass die Schulträger und das Land die Digitalpaktmittel des Bundes in den kommenden 5 Jahren auf 500 Mio Euro aufstocken werden. In einem aktuellen Gespräch mit dem Land, unter Führung von Kultusminister Prof. Dr. Lorz, hat der Hessische Landkreistag auf seine seit 2017 bestehenden Bemühungen hingewiesen, frühzeitig in einen stetigen und gemeinsamen Austausch zu treten, um rechtzeitig die Basis für einen effektiven Einsatz der Digitalpaktmittel zu legen. Daher ist es wichtig, dass dies nunmehr begonnen werden soll.

Inhaltlich bestand Einigkeit, dass die Lehrendenaus- und fortbildung wesentlicher Faktor für das Gelingen des Umsetzens digitaler Bildung ist. Nur wenn die Lehrer und Lehrerinnen dazu in der Lage sind, können - in Verbindung mit schulischen Medienentwicklungskonzepten - die richtigen Investitionen in die schulische Infrastruktur durch die Schulträger getätigt werden. Einigkeit bestand auch über die Umsetzung eines intuitiv zu bedienenden und sicheren Schulportals, das alle notwendigen Bestandteile optimal vernetzt und erfolgreich nur mit den Schulträgern gemeinsam entwickelt werden kann.

Mit einer Steuerungsgruppe aus Vertretern des Landes und der Kommunalen Spitzenverbände soll sichergestellt werden, dass die anstehenden Entscheidungen – beispielsweise bei der Gestaltung der Förderrichtlinien für den Einsatz der Bundesmittel – künftig frühzeitig und unter Einbindung der Erfahrungen und des Wissens der Schulträger getroffen werden können.

Landkreistag unterstützt das „Hessische Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“

In einer landesweiten Pressekonferenz in Wiesbaden wurde am 10. Mai 2019 erstmalig das „Hessische Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit diesem Plädoyer soll ein deutlich vernehmbares Zeichen gesetzt werden für eine offene demokratische und solidarische Gesellschaft, die Unterschied und Vielfalt als Reichtum begreift.

In seiner Sitzung am 6. Juni 2019 hat das Präsidium beschlossen, dass auch der Hessische Landkreistag dieses Plädoyer unterstützt und mitzeichnet. Das Plädoyer im Wortlaut:

Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie

Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

1. *Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie. „Die Menschenwürde ist unantastbar“ - dieser Grundsatz ist die erste und oberste Norm unseres demokratischen Staates. Er unterliegt einem absoluten Schutzgebot. Er ist Leitgedanke allen staatlichen Handelns und des gesellschaftlichen Zusammenlebens und ist nach allem, was durch Deutsche an Unmenschlichkeit und Hass geschehen ist, nicht verhandelbar. Es geht um das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und um Freiheit als Kern der Menschenwürde, aber auch um Gleichheit, Respekt und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Unsere Unterschiede und unsere kulturelle Vielfalt begreifen wir als Chance und Reichtum.*

2. *Gegenwärtig findet eine dramatische politische Verschiebung statt. Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind in erschreckendem Maße gesellschaftsfähig geworden. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, wird derzeit Realität. Viele Teile Europas sind von einer nationalistischen Stimmung, von Ausgrenzung und Entsolidarisierung erfasst. Widerspruch wird gezielt als realitätsfremd diffamiert, solidarisches Handeln von einzelnen Regierungen kriminalisiert. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und demokratischer Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.*

3. *Wir treten für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft ein und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Grundlage von Menschenwürde, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit fördern. Wir treten jeder Form von Demokratiefeindlichkeit, Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Erniedrigung entgegen. Wir wollen noch stärker als bisher die Anerkennung von Verschiedenheit mit dem Engagement gegen Ungleichheit verbinden, in Deutschland, in Europa und weltweit.*

4. *Wir setzen uns ein für ein offenes, demokratisches und solidarisches Europa, das der zunehmenden sozialen Ungleichheit stärker als bisher entgegenarbeitet. Wir verteidigen das Recht auf Leben und das Recht auf Schutz und Asyl. Wir engagieren uns für ein Europa, das sich auch seinem kolonialen Erbe stellt und seiner Verantwortung für eine solidarische Weltgesellschaft gerecht wird. Gerade in der Zeit der Krise gibt es keinen anderen Weg als die Solidarität zwischen den Menschen.*

5. *Wir wollen beitragen zu einem zukunftsfähigen Verständnis unserer Demokratie, das sich für bisher ausgeschlossene Menschen öffnet. Wir wollen neu verhandeln, was ein gutes demokratisches Miteinander ausmacht – ohne zum Beispiel Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte auszuschließen. Wir setzen uns für eine demokratische und gewaltfreie Streitkultur ein. Und wir schreiten ein, wenn die Grenzen eines guten, fairen und demokratischen Miteinanders verletzt werden.*

Wir verpflichten uns, einen Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung unserer Demokratie anzustoßen und mitzutragen. Dabei stehen wir ein für Ehrlichkeit – auch gegenüber Fehlern, die im Miteinander einer sich schnell verändernden Gesellschaft gemacht werden. Wir sehen dieses Hessische Plädoyer als Auftakt eines Prozesses. Wir wünschen uns, dass sich eine breite demokratische Mehrheit unseres Landes daran beteiligt.

Austausch mit jugendpolitischen Sprechern

Zu einem Austausch zu den im Koalitionsvertrag der Hessischen Landesregierung erklärten Zielen im Bereich Kinder, Jugend und Familie hatte der Hessische Landkreistag die Fraktionsvertreterinnen und -vertreter des Hessischen Landtags gemeinsam mit dem Hessischen Städtetag für den 23. Mai 2019 eingeladen. Zwischen einigen Jugendamtsleitungen aus Landkreisen und Städten, den Geschäftsstellen sowie den Abgeordneten Max Schad (CDU), Felix Martin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Frank-Tilo Becher (SPD), Yanki Pürsün (FDP) und Lise Kula (DIE LINKE) fand ein reger Austausch statt, in dessen Schwerpunkt insbesondere die Themen Jugendparlamente bzw. weitere Formen der Jugendbeteiligung, die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule einhergehend mit den aktuellen und künftigen Herausforderungen wie Ganztagsbetreuung und Inklusion sowie der Kinderschutz standen. Die Fraktion der AfD war der Einladung nicht gefolgt.

Diese Begegnung erwies sich zudem als gute Plattform für ein erstes ungezwungenes Kennenlernen in freundlicher und befruchtender Atmosphäre. So waren sich die Teilnehmenden einig, Begegnungen dieser Art auch künftig zu ermöglichen.

Staatssekretär Dr. Heck im Rechts- und Europaausschuss

Der Rechts- und Europaausschuss des Hessischen Landkreistages konnte in seiner Sitzung am 23. Mai 2019 den neuen Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, Herrn Dr. Stefan Heck, begrüßen. Zusammen mit ihm wurden die von der hessischen Landesregierung geplanten Projekte und Maßnahmen in den Bereichen Kommunales, Brand- und Katastrophenschutz sowie Sport erörtert. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere von den Ausschussmitgliedern erneut die aktuell diskutierte Hochzonung der Finanzaufsicht von den Landkreisen auf die Regierungspräsidien thematisiert und die Ablehnung des Hessischen Landkreistages unterstrichen.

Gespräch mit den Spitzenvertretern der Gewerkschaften in Hessen

Auf Anregung des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bezirk Hessen-Thüringen kamen die Spitzenvertreter der Gewerkschaften am 22. Juni 2019 im Haus der kommunalen Selbstverwaltung mit den Direktoren der drei hessischen kommunalen Spitzenverbände zusammen. In diesem Gespräch wurden die Positionen insbesondere zu den Themen Kommunalfinanzen, Investitionen in Schulbau und Fachkräftesicherung erörtert. Vereinbart wurde, diesen konstruktiven Austausch künftig regelmäßig fortzusetzen und bei Bedarf auch gemeinsame Positionen zu formulieren.

Digitalisierung nimmt Gestalt an

Am 9. Mai 2019 fand die erste Sitzung des neuen Arbeitskreises Digitalisierung der hessischen Landkreise im Haus der kommunalen Selbstverwaltung statt. Ziel ist die Schaffung eines Gremiums, das mittels eines praxisorientierten Austausches zur Lösung der spezifischen Probleme der Landkreise im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Verwaltung beiträgt. Der Arbeitskreis wird in die entscheidungsberufenen politischen Gremien des HLT (Wirtschafts- und Planungsausschuss, Präsidium) berichten. Mit Blick auf die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) können zu fachspezifischen Verfahrensfragen Unterarbeitskreise mit Vertreterinnen und Vertretern aus den jeweiligen Fachgebieten der Landkreise eingerichtet werden. Die Arbeitsergebnisse des Arbeitskreises Digitalisierung werden in den gemeinsamen Arbeitskreis IT & E-Government der Kommunalen Spitzenverbände einfließen und so auch dessen Aktivitäten unterstützen.

Im Rahmen der ersten Sitzung tauschten sich die Landkreisvertreter neben organisatorischen Fragen intensiv über die Digitalisierungsstrategien und Projektorganisationsformen der Landkreise aus. Die kommenden Sitzungen werden der Vertiefung der bereits gefundenen Ansätze dienen.

Finanzierung flüchtlingsbedingter Mehrausgaben bis Ende 2021 vereinbart

Der Bund und die Länder haben sich bei dem Treffen der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin am 6. Juni 2019 über die Fortführung der Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kosten von Ländern und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021 in einer Größenordnung von erwarteten 3,35 Mrd. Euro in 2020 und 3,15 Mrd. Euro in 2021 geeinigt. Nach der Verständigung soll die vollständige Erstattung der Kosten für Unterkunft und Heizung für Bedarfsgemeinschaften mit Fluchtbezug auch 2020 und 2021 fortgeführt werden. Damit wird einem Hauptanliegen der kommunalen Spitzenverbände entsprochen. Die Abwicklung soll wie bisher so erfolgen, dass keine Bundesauftragsverwaltung entsteht. Der Bund wird zudem auch weiterhin einen Beitrag zur Finanzierung der Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Höhe von 350 Mio. Euro übernehmen. Die im Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz festgelegte und über die Umsatzsteuerverteilung ausgereichte Bundesbeteiligung für Asylbewerber (= 670 Euro je Verfahrensmonat) sowie für abgelehnte Asylbewerber (pauschale Erstattung je Ablehnung) wird in den Jahren 2020 und 2021 ebenfalls fortgeführt und wie bisher spitzabgerechnet. Es soll schließlich eine für flüchtlingsbezogene Zwecke ausgereichte Pauschale geben, die 2020 700 Mio. Euro und 2021 500 Mio. Euro betragen wird.

Gemeinsam für gleichwertige Lebensverhältnisse

Der Deutsche Landkreistag (DLT) und der Deutsche Bauernverband (DBV) treten gemeinsam für gleichwertige Lebensverhältnisse ein. Vor dem aktuellen Hintergrund der entscheidenden Phase in der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ machten DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager und DBV-Vizepräsident Werner Schwarz anlässlich der letzten Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistages im Kreis Stormarn auf eine Reihe von zentralen Punkten aufmerksam, um die Entwicklungsbedingungen ländlicher Räume zu unterstützen.

Die Verbände halten dabei die folgenden Punkte für vordringlich:

- Flächendeckendes leistungsfähiges Internet auf Basis von Glasfaser- und 5G-Technologie
- Ausbau der Förderung von Unternehmen und Infrastrukturen in ländlichen Räumen über die Gemeinschaftsaufgaben
- Mobilität und Erreichbarkeit in und von ländlichen Räumen
- Dezentralisierungsstrategie von Bundes- und Landeseinrichtungen.

TERMINE

- **Bezirksversammlung Mitte**
  Mittwoch, 14.08.2019, 10:00 Uhr, Gießen
- **Bezirksversammlung Süd**
  Donnerstag, 15.08.2019, 09:30 Uhr, Wetteraukreis
- **Bezirksversammlung Nord**
  Freitag, 16.08.2019, 09:00 Uhr, Kassel
- **Landräte-Seminar**
  Montag bis Mittwoch, 19.08.- 21.08.2019, 13:00 Uhr, Berlin
- **HLT-Ehemaligentreffen**
  Donnerstag, 29.08.2019, 12:30 Uhr, OVAG Hungen-Inheiden
- **Präsidium**
  Donnerstag, 12.09.2018, 09:30 Uhr, Wiesbaden
- **Rechts- und Europaausschuss**
  Donnerstag, 24.10.2019, 10:00 Uhr, Gelnhausen
- **Finanzausschuss**
  Dienstag, 29.10.2019, 10:00 Uhr, Marburg
- **Gesundheitsausschuss**
  Mittwoch, 06.11.2019, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Wirtschafts- und Planungsausschuss**
  Dienstag, 12.11.2019, 10:00 Uhr, Friedberg
- **Schul- und Kulturausschuss**
  Montag, 13.11.2019, 10:00 Uhr, Friedberg

Hessischer Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Matthias Drexelius (geschäftsführend)
Direktor Prof. Dr. Jan Hilligardt

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION
Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer (Öffentlichkeitsarbeit und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE
zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

GESTALTUNG
Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS
Bildagentur Fotolia (S.1)
Hessischer Landkreistag (S.3)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.